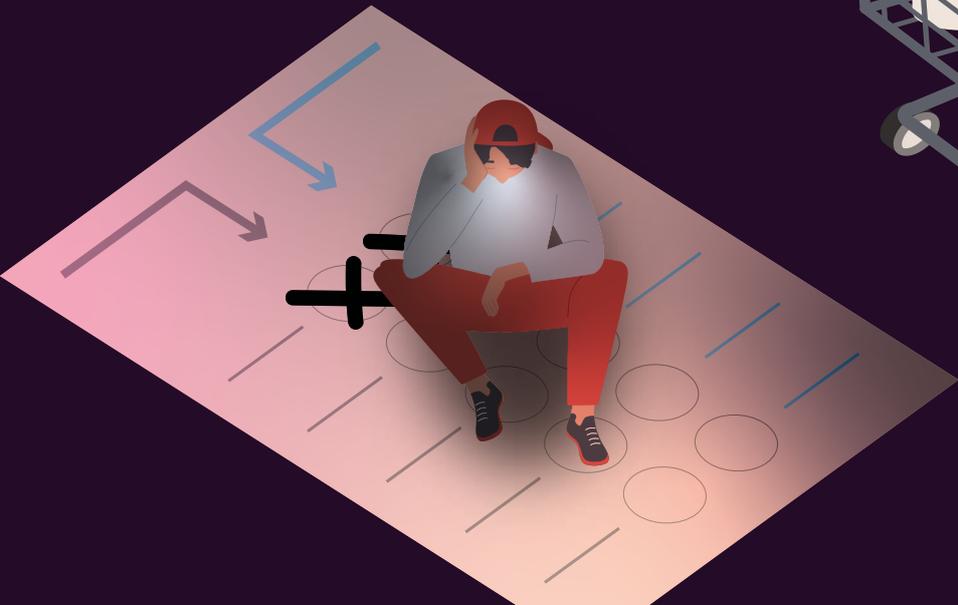


CORONA ALS BRENNGLAS



Der Lockdown der Demokratie

Die Pandemie setzt
einer ohnehin
geschwächten Patientin
weiter zu

von *Stephan Lessenich*

Dass die Demokratie nicht in bester Verfassung ist, weder als politische Regierungsnach als gesellschaftliche Lebensform, dürfte mittlerweile kein Geheimnis mehr sein. Gerade in Deutschland ist für die soziale Akzeptanz demokratischer Verfahren und Verhältnisse deren Output entscheidend – also das, »was hinten rauskommt«, wie es ein früherer Bundeskanzler in unnachahmlicher Volksnähe auszudrücken pflegte. Um eben diesen Output aber ist es derzeit nicht gut bestellt. »Die Politik«, so heißt es gern, liefert nicht und das im Grunde schon seit Längerem nicht mehr. Ein politisch-soziales System aber, das von seiner formalen und materiellen Leistungsfähigkeit lebt, die gefragten Leistungen aber nicht zuverlässig erbringen kann, hat ein Problem. Möglicherweise sogar ein existenzielles.

Die sogenannte »Coronakrise« – nur die vorläufig letzte in einer ganzen Reihe von Erschütterungen der Demokratie in den vergangenen Jahren – zeigt die Leistungsgrenzen des demokratischen Kapitalismus in seiner spätindustriellen Spielart schonungslos auf. Und auch wenn Deutschlands fleißig selbst genährter Nimbus als Gründlichkeitsweltmeister bereits gründlich erschüttert ist – in Sachen Delegitimierung der Demokratie zeigt sich das Land derzeit überaus effektiv.

Ganz offensichtlich ist das auf der formalen Ebene politischer Prozeduren: Die Steuerungsfähigkeit oder vielmehr -unfähigkeit des bundesdeutschen Mehrebenensystems politischer Entscheidungsfindung ist bemerkenswert, dem viel gelobten Föderalismus stellt das kollektive Krisenmanagement von Bund und Ländern ein beeindruckendes Armutszeugnis aus. Schon weil es eben kein kollektives ist. Von dem verfassungspolitisch intendierten Schutzwall gegen ein hierarchisch-autoritäres »Durchregieren« von oben ist das föderale System zu einem institutionellen Garanten organisierter Unverantwortlichkeit geworden. Das liegt nicht nur an der politikwissenschaftlich wohlbekannten »Politikverflechtungsfalle«, also dem von den

Gründungsvätern durchaus gewollten Sachverhalt, dass die Exekutivgewalten auf den unterschiedlichen territorialen Ebenen sich wechselseitig in Schach halten und letztlich die kleinere Einheit das regeln möge, was sie auch am sachgemähesten regeln kann. Womit die Konstrukteure des Nachkriegsföderalismus allerdings nicht gerechnet hatten, war der inzwischen geradezu identitäre Züge annehmende Exekutivpartikularismus selbst von poli-

tischen Kunstgebilden wie (Pardon!) »Rheinland-Pfalz« oder »Sachsen-Anhalt«. Und wohl noch weniger mit der weitgehend ungebremsten Geltungskonkurrenz von nicht nur politikstrukturell getriebenen, sondern zudem noch persönlichkeitsstrukturell entfesselten Landesfürstendarstellern, die im wahrsten Sinne *par ordre du mufti* heute Baumärkte (Blumenläden, Nagelstudios und so weiter) schließen lassen, um morgen deren Wiedereröffnung zu dekretieren. Und ewig schweigen die Parlamente.

Dass das deutsche Bund-Länder-Politikwesen in der Pandemie ein tödliches Gebräu sein kann und auch tatsächlich ist, lässt allerdings jede ironisierende Rede deplatziert erscheinen. Wenn man unter Demokratie nicht nur ein System politisch vermittelter Normsetzung versteht, sondern sie ganz konkret als politische Ermöglichungsstruktur der allgemeinen und gleichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den gesellschaftlichen Funktions- und Leistungssystemen versteht, wird erst recht deutlich, was an der real existierenden Demokratie nicht stimmt. Denn ihr Output in diesem Sinne ist nicht anders als skandalös zu nennen. Und auch dies wird mit COVID-19 offenkundiger denn je: Die Wahrscheinlichkeit einer Infektion, das Risiko schwerer Krankheitsverläufe, die Betroffenheit von den gesamtwirtschaftlichen Folgen der Pandemie beziehungsweise von den Einhebungsmaßnahmen der Pandemiepolitik – all das ist in unserer demokratischen Gesellschaft zutiefst sozial strukturiert.

Sprich: ungleich verteilt. Ein Jahr »Coronakrise« bringt die ehernen Gesetze des demokra-

Was macht die Pandemie mit unserer Gesellschaft? Wie wirkt sich Corona auf die Demokratie aus? Auf das Generationenverhältnis und die Umweltzerstörung? Diesen und anderen Fragen gehen die Beiträge in diesem Kapitel auf den Grund.

Ist die Demokratie noch zu retten? Dafür müsste möglichst bald der Lockdown für demokratische Praktiken und utopische Ideen aufgehoben werden, meint Stephan Lessenich.



tisch-kapitalistischen Wohlfahrtsstaats, namentlich in seiner deutschen Prägung, ins Bewusstsein: Wer arm ist, lebt kürzer, hat nachweislich auch eine niedrigere »gesunde Lebenserwartung«, geringere Bildungschancen, ein hohes Risiko der »Vererbung« selbiger an die nächste Familiengeneration, die ihrerseits schon bei Geburt nicht nur ökonomisch, sondern sozial und geradezu vital benachteiligt ist. Genau das aber ist nicht bloß ein sozialstatistisches Faktum, das man womöglich auch noch verhaltensökonomisch den Betroffenen selbst in die Schuhe schieben könnte. Nein: Es ist ein systemisches Problem der systematisch ungleichen Gewährleistung von (im Wortsinne) Lebens-Chancen und damit wahrhaftig ein politisch-demokratischer Skandal.

Angesichts dieser gesellschaftlichen Konstellation einer strukturellen Output-Krise der Demokratie im sogenannten Wohlfahrtskapitalismus wenden sich nicht nur wirre Geister oder faschistoide Strippenzieher, sondern womöglich auch Teile der als sozialer Stabilitätsanker viel beschworenen »Mitte« von »der Politik« ab – was ja nichts anderes heißt als: von der demokratischen Idee der kollektiven Gestaltbarkeit der Gesellschaft. Die gewollt oder ungewollt antidemokratischen Praktiken, die in diesem Abwendungsprozess grassieren, bewegen sich zwischen Apathie und Aggression, zwischen Distanznahme und Destruktionsimpuls. Während die einen meinen, dass »die da oben« ihnen nichts mehr zu sagen haben und von ihnen schon gar nichts mehr hören wollen, machen die, die es können, einfach ihr individuelles, familiengemeinschaftliches oder milieu-exklusives Ding. Die einen gehen auf Coronademos, die anderen fliegen bei erstbestener Gelegenheit rasch mal nach Mallorca, die Dritten arbeiten im Homeschooling an der Bildungsrendite ihres ohnehin schon privilegierten Nachwuchses, die Vierten sehen zu, dass sie irgendwie über die Runden kommen. Und sie alle sind vereint im inneren Abschied von der Demokratie nicht nur als politischer Institutionenordnung, sondern als gesellschaftlicher Lebensform.

Was wäre dem entgegensetzen? Mehr Output wagen? Auf die klassische Weise der ökonomisch-materiellen Stabilisierung der Verhältnisse im vermeintlich »goldenen Zeitalter« der Demokratie, damals in den 1970er Jahren (oder waren es die 1960er?), wird dies zukünftig nicht mehr möglich sein oder jedenfalls nur um den Preis verheerender sozialökologischer Effekte hier wie (einstweilen vor allem noch) anderswo. Verbieter sich also die althergebrachte Tonnenideologie (nach dem Motto »viel hilft viel«) demokratischen Outputs heute – eigentlich – von alleine, dann ist ab jetzt nicht *mehr*, sondern ein *anderer* Output gefragt: eine wirklich grundlegende politische Institutionenreform

auf der formalen, eine massive Umverteilung sozioökonomischer Ressourcen zugunsten der lebenschancenarmen Klassen auf der materialen Seite.

Vor allen Dingen aber bräuchte es, und zwar faktisch als strukturelle Voraussetzung für einen anderen *Output* der Demokratie, erstens mehr und zweitens einen anderen demokratischen *Input*. Dabei geht es keineswegs nur – aber doch auch – um eine höhere Wahlbeteiligung der »niedereren Stände«, also darum, die wahlpolitische und damit auch diskursive Dominanz der (oberen) Mittelklassen wenn nicht zu brechen, so doch zumindest zu erschüttern. Es geht darüber hinaus um andere Formen der politischen Beteiligung und Mitbestimmung, um eine Demokratisierung der Demokratie. In diese Richtung weist etwa die Idee der Institutionalisierung einer »Konsultative« als (je nach Zählung) vierter oder fünfter Gewalt oder auch jene von gesellschaftlichen Transformationsräten, die global denkend lokal handeln und beispielsweise die Frage zum Thema machen, wie das Risiko eines pandemischen Dauerzustands durch die Etablierung veränderter gesellschaftlicher Naturverhältnisse reduziert werden kann.

Wie immer man die neuen Organisationsformen einer demokratisierten Demokratie aber auch benennen mag: Die politische Suche nach ihnen sendet das gesellschaftliche Signal aus, dass es so wie jetzt jedenfalls nicht weitergeht. Oder genauer: »Das geht auf keinen Fall so weiter, wenn es so weitergeht.« (Erich Kästner 1932) Die Ausgangssperre für demokratische Praktiken und utopische Ideen endlich aufheben: Das ist das gesellschaftspolitische Gebot in Zeiten der Pandemie. ●



Der Autor

Stephan Lessenich, Jahrgang 1965, hat in Marburg Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte studiert. 1993 wurde er in Bremen promoviert, 2002 erhielt er an der Universität Göttingen die *Venia Legendi* im Fach Soziologie. Seine erste Professur führte ihn an die Universität Jena, wo er gemeinsam mit Klaus Dörre und Hartmut Rosa die DFG-Kollegforschungsgruppe »Postwachstumsgesellschaften« initiierte. 2014 wurde Lessenich als Nachfolger von Ulrich Beck auf den Lehrstuhl für Soziale Entwicklungen und Strukturen ans Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen. Lessenich bringt sich auch aktiv in gesellschaftliche Prozesse ein, ist beispielsweise Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Netzwerks Grundeinkommen und war Mitbegründer der Partei »mut« in Bayern. Seit 1. Juli ist er Professor für Soziologie an der Goethe-Universität und zugleich Direktor des Instituts für Sozialforschung.

stephan.lessenich@posteo.de